

orell füssli

Robert Gallmann  
Andreas Gersbach



Repetitorium

2., überarbeitete Auflage

**Wettbewerbsrecht**

Robert Gallmann / Andreas Gersbach

**Wettbewerbsrecht**

Robert Gallmann / Andreas Gersbach

# Repetitorium Wettbewerbsrecht

Kurz gefasste Darstellung  
unter Einbezug des Schweizerischen und Europäischen  
Kartell- und Lauterkeitsrechts  
mit Schemata, Übungen und Lösungen

2., überarbeitete Auflage

**orell füssli** Verlag

2., überarbeitete Auflage 2017  
© 2017 Orell Füssli Verlag AG, Zürich  
[www.ofv.ch](http://www.ofv.ch)  
Alle Rechte vorbehalten

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Dadurch begründete Rechte, insbesondere der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Vervielfältigungen des Werkes oder von Teilen des Werkes sind auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie sind grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen werden straf- und zivilrechtlich verfolgt.

Umschlagabbildung: Andreas Zollinger, Zürich

ISBN 978-3-280-07350-6 Print  
ISBN 978-3-280-09407-5 E-Book

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter [www.dnb.de](http://www.dnb.de) abrufbar.

Die Repetitorien Recht basieren auf einem Lernkonzept, das durch die erfahrenen Lehrmittel-spezialisten der Compendio Bildungsmedien entwickelt wurde. Die Reihe will und kann nicht Ersatz für die Vorlesung, das Studium der einschlägigen Literatur und die Auseinandersetzung mit der Gerichtspraxis sein, sondern ist lediglich als Ergänzung dazu gedacht.

Im Vordergrund stehen folgende Ziele:

- Repetition vor Prüfungen: Die systematische Kurzdarstellung des Stoffs wird ergänzt mit zahlreichen Beispielen, Grafiken, Verweisen auf die Gerichtspraxis (zum Teil mit Kurzbeschreibungen) sowie Übungsfällen mit Lösungsskizzen.
- Evaluation von allfälligen Wissens- und Verständnislücken, die dank Verweisen auf die Fachliteratur zielgerichtet geschlossen werden können.
- Vorbereitung auf Vorlesungen, Literaturstudium und Arbeit an Falllösungen dank kurzem, klar strukturiertem Überblick.

Wettbewerb bedeutet, dass verschiedene Anbieter sich miteinander messen und um die Gunst der Marktgegenseite werben, was für ein vielseitiges Angebot, tiefe Preise und Innovationen sorgt. Die Nachfrager haben die freie Wahl, sich für das beste Angebot zu entscheiden, und sorgen in einem gewissermassen darwinistischen Ausleseprozess dafür, dass nur die besten Anbieter überleben. Der Marktwirtschaft wohnt deshalb etwas zutiefst Demokratisches inne.

So mächtig der Wettbewerb sein kann, so verletzlich ist der Wettbewerb auch; er muss gegen unverhältnismässige staatliche Eingriffe verteidigt und vor widerrechtlichen Wettbewerbsbeschränkungen bzw. -verfälschungen Privater geschützt werden. Dem Wirtschaftsverfassungsrecht im Allgemeinen und dem Wettbewerbsrecht (verstanden als Kartellrecht, Lauterkeitsrecht und weitere Erlasse) im Speziellen kommt deshalb eine wesentliche makroökonomische Bedeutung zu.

Die Globalisierung der Weltwirtschaft sowie die Privatisierung und Liberalisierung bis anhin staatlich regulierter Märkte haben den Wettbewerb seit Ende des Kalten Krieges weltweit und auch in der Schweiz signifikant erhöht – entsprechend hat das Wettbewerbsrecht an Bedeutung gewonnen und durchdringt heute nahezu alle Bereiche des wirtschaftlichen Lebens. Dieser Trend zur Verschärfung des Wettbewerbsrechts ist ungebrochen, was sich in einer steigenden Anzahl von Gesetzen, Verordnungen, Empfehlungen und Bekanntmachungen und einer umfangreichen Rechtsprechung niederschlägt.

Das vorliegende Werk, das in der 2. Auflage diese Rechtsetzung und -sprechung bis Juli 2016 berücksichtigt, will dem Leser einen Überblick über diese komplexe Materie schaffen und Studierenden sowie Kandidaten für die Anwaltsprüfung einen raschen Zugang zum prüfungsrelevanten Stoff ermöglichen. Darüber hinaus ist das Werk auch für praktizierende Juristen sowie interessierte Laien geeignet.

Die Verfasser danken an dieser Stelle Herrn Dr. iur. Guido Sutter, Leiter Rechtsabteilung Wettbewerbsrecht des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO), sowie Herrn Dr. iur. Christoph Tagmann, Rechtsanwalt bei Novartis und ehemaliger Mitarbeiter der Wettbewerbskommission, für ihre wertvollen Anregungen und Kommentare.

Zürich, November 2016

Robert Gallmann

Andreas Gersbach

# Inhaltsübersicht

---

<b>Vorwort</b>	<b>5</b>
<b>Inhaltsübersicht</b>	<b>6</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>7</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>12</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>18</b>
<b>1. Teil Einführung in das Wettbewerbsrecht</b>	<b>21</b>
<b>2. Teil Kartellrecht</b>	<b>33</b>
<b>3. Teil Lauterkeitsrecht</b>	<b>106</b>
<b>Lösungen</b>	<b>157</b>
<b>Stichwortverzeichnis</b>	<b>171</b>

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>Vorwort</b>	<b>5</b>
<b>Inhaltsübersicht</b>	<b>6</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>7</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>12</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>18</b>
<b>1. Teil Einführung in das Wettbewerbsrecht</b>	<b>21</b>
A. Verfassungsmässige Grundlagen	21
1. Übersicht	21
1.1 Wieso Wettbewerb?	21
1.2 Wettbewerbspolitik der Schweiz	22
2. Wettbewerbsrelevante Grundrechte	24
2.1 Wirtschaftsfreiheit	24
2.2 Vertragsfreiheit/Privatautonomie	24
2.3 Eigentumsgarantie	24
2.4 Vereins- und Koalitionsfreiheit	24
2.5 Niederlassungsfreiheit	24
2.6 Presse- und Meinungsäusserungsfreiheit	25
3. Grundlagen des Wettbewerbsrechts	25
3.1 Wettbewerbsrecht als Teil des Wirtschaftsrechts	25
3.2 Bundesverfassung	25
B. Übersicht über die wettbewerbsrechtlich relevanten Erlasse	26
1. Kartell- und Lauterkeitsrecht	26
1.1 Übersicht	26
1.2 Verhältnis Kartellrecht – Lauterkeitsrecht	26
2. Preisüberwachungsgesetz (PüG)	26
2.1 Übersicht	26
2.2 Verhältnis Kartellgesetz – Preisüberwachungsgesetz	27
3. Binnenmarktgesetz (BGBM)	27
3.1 Übersicht	27
3.2 Verhältnis Wirtschaftsfreiheit – Binnenmarktgesetz	27
4. Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB)	28
4.1 Übersicht	28
4.2 Verhältnis zum Kartellrecht	28
5. Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse (THG)	28
5.1 Übersicht	28
5.2 Verhältnis zum Kartellrecht	28
6. Bundesgesetz über die Konsumenteninformation (KIG)	29
6.1 Übersicht	29
6.2 Verhältnis zum Lauterkeitsrecht	29
7. Immaterialgüterrecht	29
7.1 Übersicht	29
7.2 Verhältnis zum Kartellrecht	29
7.3 Verhältnis zum Lauterkeitsrecht	30
8. Koordiniertes Zusammenwirken der wettbewerbsrelevanten Erlasse im Sinne einer ganzheitlichen Wirtschaftspolitik	30
C. Zusammenfassung	30

D. Übungen	31
<b>2. Teil Kartellrecht</b>	<b>33</b>
A. Grundlagen	33
1. Begriffe	33
1.1 Entstehungsgeschichte	33
1.2 Missbrauchs- und Verbotsprinzip	33
1.3 Rechtsnatur des Kartellrechts	34
2. Allgemeine Bestimmungen	34
2.1 Zweck des Kartellgesetzes	34
2.2 Geltungsbereich	34
2.3 Verhältnis zu anderen Gesetzen	36
B. Wettbewerbsabreden	37
1. Begriffe	37
1.1 Der Wettbewerb	37
1.2 Der wirksame Wettbewerb	37
1.3 Der relevante Markt	38
1.4 Exkurs «Elastizität»	39
1.5 Interbrand- und Intra-brand-Wettbewerb	39
1.6 Horizontale und vertikale Wettbewerbsabreden	40
1.7 Exkurs: Hochpreisinsel Schweiz und Parallelimporte	40
2. Wettbewerbsabreden	41
2.1 Vereinbarungen oder aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen	41
2.2 Mindestens zwei Unternehmen	43
2.3 Bezwecken oder Bewirken einer Wettbewerbsbeschränkung	43
3. Konzept des Kartellgesetzes – Systematik	43
4. Beseitigung des Wettbewerbs	44
4.1 Horizontale Wettbewerbsabreden («Harte Kartelle»)	44
4.2 Vertikale Wettbewerbsabreden	47
5. Erhebliche Beschränkung des Wettbewerbs	48
5.1 Horizontale Wettbewerbsabreden	48
5.2 Vertikale Wettbewerbsabreden	51
6. Gerechtfertigte Arten von Wettbewerbsabreden	53
6.1 Allgemeines	53
6.2 KMU-Bekanntmachung	53
6.3 Vertikalbekanntmachung	54
6.4 Weitere Bekanntmachungen der WEKO	55
7. Exkurs: Anmerkungen zur Bekanntmachung der schweizerischen Wettbewerbskommission für den Kraftfahrzeugsektor und den Erläuterungen dazu	56
7.1 Vorbemerkungen	56
7.2 Inkrafttreten auf den 1. Januar 2016	56
7.3 Was regelte die alte Bekanntmachung?	56
7.4 Was regelt die neue Bekanntmachung?	57
7.5 Würdigung	58
8. Checkliste zur Zulässigkeit von Wettbewerbsabreden	58
C. Missbräuchliche Verhaltensweisen marktbeherrschender Unternehmen	59
1. Systematik und Begriffe	59
1.1 Systematik innerhalb des KG	59
1.2 Marktdefinition	59
1.3 Abgrenzung Marktmacht und Marktbeherrschung	59
1.4 Konsolidierte Betrachtung	60
2. Rechtliches	60



2.1	Grundsatz	60
2.2	Unzulässig: Missbräuchlichkeit	60
3.	Zulassung aus überwiegenden öffentlichen Interessen	63
3.1	Konzeption	63
3.2	Tatbestandsvoraussetzungen	63
3.3	Verfahren um Zulassung	64
D.	Präventive Fusionskontrolle	64
1.	Übersicht	64
1.1	Zweck der gesetzlichen Regelung	64
1.2	Begriff des Unternehmenszusammenschlusses	65
2.	Meldepflichtige Zusammenschlussvorhaben (Aufgreifkriterien)	67
2.1	Überblick	67
2.2	Schwellenwerte (Aufgreifkriterien)	67
2.3	Meldepflicht	68
3.	Beurteilung von Zusammenschlussvorhaben (Eingreifkriterien)	69
3.1	Zweistufiges Prüfverfahren	69
3.2	Eingreifkriterien	69
3.3	Ablauf Hauptprüfungsverfahren	70
3.4	Bei Widerhandlung: Wiederherstellung wirksamen Wettbewerbs	71
4.	Ausnahmsweise Zulassung aus überwiegenden öffentlichen Interessen	71
E.	Rechtsschutz – Verfahrensrecht	72
1.	Überblick: Verfahrensarten	72
2.	Zivilrechtliches Verfahren	72
2.1	Anspruchsberechtigung	72
2.2	Die einzelnen zivilrechtlichen Ansprüche	73
2.3	Zuständigkeit und Verfahren	74
2.4	Exkurs: Vorlage an die Wettbewerbskommission	75
3.	Verwaltungsrechtliches Verfahren	76
3.1	Untersuchung von Wettbewerbsbeschränkungen	76
3.2	Prüfung von Unternehmenszusammenschlüssen	78
3.3	Rechtsschutz im Verwaltungsverfahren	78
4.	Verwaltungs- und Strafsanktionen	79
4.1	Überblick	79
4.2	Verwaltungssanktionen	79
4.3	Strafsanktionen	81
4.4	Wettbewerbsbehörden	81
F.	Internationales und Europäisches Kartellrecht	83
1.	Internationales Kartellrecht	83
1.1	OECD-Empfehlungen	83
1.2	Recht der WTO	83
2.	Kartellrecht der EU	83
2.1	Übersicht	83
2.2	Verbot von Wettbewerbsabreden (AEUV 101)	85
2.3	Missbrauchsverbot für marktbeherrschende Unternehmen (AEUV 102)	89
2.4	Die Fusionskontrolle (FKVO)	91
2.5	Die europäischen Wettbewerbsbehörden	93
G.	Zusammenfassung	94
H.	Ausblick – De lege ferenda	95
1.	Übersicht	95
2.	Neue Rechtsinstitute im Kartellgesetz 2004	95
2.1	Testphase	95
2.2	Evaluation	95
2.3	Verbesserungsbedarf	95

3.	Exkurs: Vertikale Absprachen	96
4.	Weitere Kritikpunkte	97
I.	Übungen	98
<b>3. Teil</b>	<b>Lauterkeitsrecht</b>	<b>106</b>
A.	Grundlagen	106
1.1	Entstehungsgeschichte des UWG	106
1.2	Wettbewerbsbegriff des UWG	107
1.3	Rechtsnatur des UWG	107
1.4	Zweck des UWG	107
1.5	Geltungsbereich des UWG	108
1.6	Systematik des UWG	108
B.	Die Generalklausel (UWG 2)	109
1.	Übersicht	109
1.1	Zweck und Funktion der Generalklausel	109
1.2	Verhältnis von Generalklausel und Spezialtatbeständen	109
1.3	Tatbestandsvoraussetzungen	110
2.	Fallgruppen und Praxisbeispiele	111
2.1	Unlauteres Verhalten gegenüber Mitbewerbern	111
2.2	Unlauteres Verhalten gegenüber Kunden	112
C.	Die Spezialtatbestände (UWG 3)	114
1.	Übersicht	114
2.	Bezugnahme auf den Mitbewerber	115
2.1	Herabsetzung (UWG 3 Abs. 1 lit. a)	115
2.2	Nachahmung (UWG 3 Abs. 1 lit. d)	116
2.3	Vergleichende Werbung (UWG 3 Abs. 1 lit. e)	117
2.4	Anlehnung (UWG 3 Abs. 1 lit. e)	119
3.	Beeinflussung Verbraucher	119
3.1	Irreführung (UWG 3 Abs. 1 lit. b)	119
3.2	Unzutreffende Titel und Berufsbezeichnungen (UWG 3 Abs. 1 lit. c)	122
3.3	Lockvogelangebote (UWG 3 Abs. 1 lit. f)	122
3.4	Zugaben (UWG 3 Abs. 1 lit. g)	122
3.5	Verschleierung (UWG 3 Abs. 1 lit. i)	123
3.6	Aggressive Verkaufsmethoden (UWG 3 Abs. 1 lit. h)	123
3.7	Versendung von Massenwerbung (UWG 3 Abs. 1 lit. o)	124
3.8	Vorschriften zu Konsumkreditverträgen (UWG 3 Abs. 1 lit. k–n)	125
3.9	Firmenverzeichnisse oder Anzeigeaufträge (UWG 3 Abs. 1 lit. p und q)	126
3.10	Schneeball-, Lawinen- oder Pyramidensysteme (UWG 3 Abs. 1 lit. r)	126
3.11	Irreführung im elektronischen Geschäftsverkehr (UWG 3 Abs. 1 lit. s)	127
3.12	Irreführende Gewinnversprechen (UWG 3 Abs. 1 lit. t)	127
3.13	Missachtung Vermerk «Keine Werbung» (UWG 3 Abs. 1 lit. u)	127
4.	Branchen- oder produktespezifische Vorschriften	128
D.	Weitere Tatbestände (UWG 4–8)	128
1.	Verleiten zur Vertragsverletzung (UWG 4)	128
1.1	Übersicht	128
1.2	Verleitung zur Vertragsverletzung oder Auflösung (UWG 4 lit. a und d)	129
1.3	Verrat oder Auskundschaften von Geheimnissen (UWG 4 lit. c)	129
2.	Bestechung (UWG 4a)	130
2.1	Übersicht	130
2.2	Aktive Bestechung	130
2.3	Passive Bestechung	130
3.	Verwertung fremder Arbeitsergebnisse (UWG 5)	131
3.1	Übersicht	131

3.2	Direkte Vorlagenausbeutung (UWG 5 lit. a)	131
3.3	Indirekte Vorlagenausbeutung (UWG 5 lit. b)	131
3.4	Abkupfern (UWG 5 lit. c)	131
4.	Geheimnisverletzung (UWG 6)	132
4.1	Übersicht	132
4.2	Tatbestandsvoraussetzungen	132
5.	Nichteinhaltung von Arbeitsbedingungen (UWG 7)	133
5.1	Übersicht	133
5.2	Tatbestandsvoraussetzungen	133
6.	Verwendung missbräuchlicher AGB (UWG 8)	133
6.1	Übersicht	133
6.2	Tatbestandsvoraussetzungen	135
E.	Rechtsschutz – Verfahrensrecht und Regeln über die Preisbekanntgabe	136
1.	Verfahrensarten	136
2.	Zivilrechtliches Verfahren	136
2.1	Übersicht	136
2.2	Anspruchsberechtigung	137
3.	Verwaltungsrechtliche Bestimmungen	140
3.1	Überblick	140
3.2	Preisbekanntgabe	140
3.3	Weitere UWG-relevante verwaltungsrechtliche Erlasse	142
4.	Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden	142
4.1	Zusammenarbeit (UWG 21)	142
4.2	Datenbekanntgabe (UWG 22)	142
5.	Strafrechtliche Bestimmungen	143
5.1	Sanktionierte Tatbestände	143
5.2	Sanktionen	143
5.3	Rechte im Strafverfahren	143
6.	Exkurs: Die Lauterkeitskommission	143
6.1	Aufgaben und Zweck	143
6.2	Grundsätze der Lauterkeit in der Werbung	144
6.3	«Rechtsprechung» der Schweizerischen Lauterkeitskommission	144
F.	Internationales und Europäisches Lauterkeitsrecht	144
1.	Internationalisierung des Wettbewerbsrechts	144
2.	Internationales	144
2.1	Die Pariser Verbandsübereinkunft	144
2.2	WIPO Model Provisions	145
2.3	TRIPS	145
2.4	OECD-Empfehlungen	145
2.5	ICC Code of Advertising Practice	146
3.	Recht der Europäischen Union	146
3.1	Übersicht	146
3.2	Richtlinie über die Auslegung von irreführenden Geschäftspraktiken	147
G.	Zusammenfassung	150
H.	Übungen	151
	<b>Lösungen</b>	<b>157</b>
	Lösungen zum 1. Teil	157
	Lösungen zum 2. Teil	158
	Lösungen zum 3. Teil	165
	<b>Stichwortverzeichnis</b>	<b>171</b>

## Abkürzungsverzeichnis

---

a[Gesetz]	alte Fassung des betreffenden Gesetzes
ABI	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Vertrag von Lissabon) vom 13. Dezember 2007 (2007/C 306/1) (Fassung aufgrund des am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrags von Lissabon)
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AJP	Aktuelle Juristische Praxis (Zürich/St. Gallen)
AlkG	Bundesgesetz über die gebrannten Wasser (Alkoholgesetz) vom 21. Juni 1932 (SR <a href="#">680</a> )
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BankG	Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen (Bankengesetz) vom 8. November 1934 (SR <a href="#">952.0</a> )
BBI	Bundesblatt
BEHG	Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel (Börsengesetz) vom 24. März 1995 (SR 954.1)
betr.	betreffend
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch (Deutschland)
BGBM	Bundesgesetz über den Binnenmarkt (Binnenmarktgesetz) vom 6. Oktober 1995 (SR <a href="#">943.02</a> )
BGE	in der Amtlichen Sammlung publizierter Entscheid des Schweizerischen Bundesgerichts (Bundesgerichtsentscheid)
BGer	Bundesgericht
BGG	Bundesgesetz über das Bundesgericht (Bundesgerichtsgesetz) vom 17. Juni 2005 (SR <a href="#">173.110</a> )
BLS	Bern-Lötschberg-Simplon-Bahn
BMW	Bayerische Motoren Werke
BöB	Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen vom 16. Dezember 1994 (SR <a href="#">172.056.1</a> )
bspw.	beispielsweise
Bst.	Buchstabe
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR <a href="#">101</a> )
BVGer	Bundesverwaltungsgericht
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CEO	Chief Executive Officer

CHF	Schweizer Franken
CMLR	Common Market Law Review (Alphen aan den Rijn)
DesG	Bundesgesetz über den Schutz von Design (Designgesetz) vom 5. Oktober 2001 (SR <a href="#">232.12</a> )
dgl.	dergleichen
d.h.	das heisst
Diss.	Dissertation
E.	Erwägung(en)
EBG	Eisenbahngesetz vom 20. Dezember 1957 (SR <a href="#">742.101</a> )
ECR	List of European Court of Justice rulings
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGV	Vertrag über die Europäische Gemeinschaft (2009 abgelöst durch den Vertrag von Lissabon, AEUV)
et al.	et alii (und andere)
etc.	et cetera (und so weiter)
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union erster Instanz
EuGH	Europäischer Gerichtshof (Gerichtshof der Europäischen Union)
EUR	Euro
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (seit 2013 Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung)
evtl.	eventuell
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
f./ff.	und folgende (Seite/Seiten)
FDV	Verordnung über Fernmeldedienste vom 9. März 2007 (SR <a href="#">784.101.1</a> )
FinfraG	Bundesgesetz über die Finanzmarktinfrastrukturen und das Marktverhalten im Effekten- und Derivatehandel (Finanzmarktinfrastukturgesetz) vom 19. Juni 2015 (SR <a href="#">958.1</a> )
FINMA	Eidgenössische Finanzmarktaufsicht
FKVO	Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (EG-Fusionskontrollverordnung) vom 20. Januar 2004
FMG	Fernmeldegesetz vom 30. April 1997 (SR <a href="#">784.10</a> )
FusG	Bundesgesetz über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung (Fusionsgesetz) vom 3. Oktober 2003 (SR <a href="#">221.301</a> )
GATS	Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services) Anhang 1.B zur Errichtung der Welthandelsorganisation vom 15. April 1994 (SR <a href="#">0.632.20</a> )
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) vom 30. Oktober 1947 (SR <a href="#">0.632.21</a> )
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GPA	Government Procurement Agreement (Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen) vom 15. April 1994 (SR <a href="#">0.632.231.422</a> )
GVO	Gruppenfreistellungsverordnung
HAVE	Haftung und Versicherung (Zürich)
HGer	Handelsgericht
h.L.	herrschende Lehre
HMG	Bundesgesetz über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz) vom 15. Dezember 2000 (SR <a href="#">812.21</a> )
Hrsg.	Herausgeber
ICC	International Chamber of Commerce (Internationale Handelskammer)
i.d.R.	in der Regel
i.e.S.	im enge(re)n Sinne
inkl.	inklusive
insb.	insbesondere
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht vom 18. Dezember 1987 (SR <a href="#">291</a> )
i.S.	in Sachen
i.S.(v.)	im Sinne (von)
i.V.m.	in Verbindung mit
IVöB	Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 25. November 1994/15. März 2001 (SR 172.056.5 bzw. AS 2003 196)
KAG	Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen (Kollektivanlagengesetz) vom 23. Juni 2006 (SR <a href="#">951.31</a> )
Kfz-BM	Bekanntmachung der WEKO vom 29. Juni 2015 über die wettbewerbsrechtliche Behandlung von vertikalen Abreden im Kraftfahrzeugsektor (ersetzt die Kfz-Bekanntmachung vom 21. Oktober 2002)
Kfz-GVO	Verordnung (EU) Nr. 461/2010 der Kommission vom 27. Mai 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen im Kraftfahrzeugsektor (ersetzt die [Kfz]-Verordnung [EG] Nr. 1400/2002 der Kommission vom 31. Juli 2002)
Kfz-Leitlinie	Bekanntmachung (EU) der Kommission: Ergänzende Leitlinien für vertikale Beschränkungen in Vereinbarungen über den Verkauf und die Instandsetzung von Kraftfahrzeugen und den Vertrieb von Kraftfahrzeugersatzteilen, 2010/C 138/05
KG	Bundesgesetz über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) vom 6. Oktober 1995 (SR <a href="#">251</a> )
KIG	Bundesgesetz über die Information der Konsumentinnen und Konsumenten (Konsumenteninformationsgesetz) vom 5. Oktober 1990 (SR <a href="#">944.0</a> )
KKG	Bundesgesetz über den Konsumkredit vom 23. März 2001 (SR <a href="#">221.214.1</a> )
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
lit.	litera (Buchstabe)
LG	Bundesgesetz betreffend die Lotterien und die gewerbsmässigen Wetten vom 8. Juni 1923 (SR <a href="#">935.51</a> )
LGV	Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung vom 23. November 2005 (SR <a href="#">817.02</a> )

LMG	Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz) vom 9. Oktober 1992 (SR <a href="#">817.0</a> )
Ltd.	Limited
LugÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Lugano-Übereinkommen) vom 30. Oktober 2007 (SR <a href="#">0.275.12</a> )
m.a.W.	mit anderen Worten
Mbit/s	Megabit/Sekunde
MessG	Bundesgesetz über das Messwesen (Messgesetz) vom 17. Juni 2011 (SR <a href="#">941.20</a> )
Mia.	Milliarde
mind.	mindestens
Mio.	Million
MSchG	Bundesgesetz über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben (Markenschutzgesetz) vom 28. August 1992 (SR <a href="#">232.11</a> )
N	Randnote
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OECD	Organization for Economical Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OR	Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911 (SR <a href="#">220</a> )
PatG	Bundesgesetz über die Erfindungspatente (Patentgesetz) vom 25. Juni 1954 (SR <a href="#">232.14</a> )
PBV	Verordnung über die Bekanntgabe von Preisen (Preisbekanntgabeverordnung) vom 11. Dezember 1978 (SR <a href="#">942.211</a> )
PG	Postgesetz vom 17. Dezember 2010 (SR <a href="#">783.0</a> )
PüG	Preisüberwachungsgesetz vom 20. Dezember 1985 (SR <a href="#">942.20</a> )
PVÜ	Pariser Übereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums, revidiert in Stockholm am 14. Juli 1967 (SR <a href="#">0.232.04</a> )
RPW	Recht und Politik des Wettbewerbs (Publikationsorgan der WEKO)
Rs.	Rechtssache
RTVG	Bundesgesetz über Radio und Fernsehen vom 24. März 2006 (SR <a href="#">784.40</a> )
Rz.	Randziffer
s.	siehe
S.	Seite(n)
SA	Société anonyme (Aktiengesellschaft)
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
SBG	Schweizerische Bankgesellschaft (1862–1998)
SBV	Schweizerischer Bankverein (1854–1998)
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
sic!	Zeitschrift für Immaterialgüter-, Informations- und Wettbewerbsrecht (Zürich) (bis 1996: SMI, s. dort)
SJZ	Schweizerische Juristenzeitung (Zürich)
Slg.	Sammlung

SLK	Schweizerische Lauterkeitskommission
SMA	Schweizerische Meteorologische Anstalt
SMI	Schweizerische Mitteilungen über gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht (Zürich) (ab 1996: sic!, s. dort)
sog.	sogenannt
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR <a href="#">311.0</a> )
StromVG	Bundesgesetz über die Stromversorgung (Stromversorgungsgesetz) vom 23. März 2007 (SR <a href="#">734.7</a> )
SZIER	Swiss Review of International & European Law (Zürich)
TabV	Verordnung über Tabakerzeugnisse und Raucherwaren mit Tabakersatzstoffen (Tabakverordnung) vom 27. Oktober 2004 (SR <a href="#">817.06</a> )
THG	Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse vom 6. Oktober 1995 (SR <a href="#">946.51</a> )
TRIPS	Agreement on Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights (Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum), Anhang 1C des Abkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation vom 15. April 1994 (SR <a href="#">0.632.20</a> )
u.a.	unter anderem
u.U.	unter Umständen
URG	Bundesgesetz über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) vom 9. Oktober 1992 (SR <a href="#">231.1</a> )
usw.	und so weiter
UWG	Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 19. Dezember 1986 (SR <a href="#">241</a> )
v.	vom
v.a.	vor allem
VAG	Bundesgesetz betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz) vom 17. Dezember 2004 (SR <a href="#">961.01</a> )
VertBek	Bekanntmachung der WEKO über die wettbewerbsrechtliche Behandlung vertikaler Abreden zuletzt vom 28. Juni 2010 (Vertikalbekanntmachung)
Vertikal-GVO	Verordnung (EU) Nr. 330/2010 der Kommission vom 20. April 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen
vgl.	vergleiche
VKU	Verordnung über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen vom 17. Juni 1996 (SR <a href="#">251.4</a> )
VöB	Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 11. Dezember 1995 (SR <a href="#">172.056.11</a> )
vs.	versus
VwVG	Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (Verwaltungsverfahrensgesetz) vom 20. Dezember 1968 (SR <a href="#">172.021</a> )
WEKO	Schweizerische Wettbewerbskommission
WIPO	World Intellectual Property Organisation



WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)
z.B.	zum Beispiel
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR <a href="#">210</a> )
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZPO	Schweizerische Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008 (SR <a href="#">272</a> )
ZR	Blätter für Zürcherische Rechtsprechung (Zürich)

## Literaturverzeichnis

---

Die aufgeführten Werke werden – sofern nicht anders aufgeführt – mit dem Namen der Autoren, der Seitenzahl, dem Paragraphen und/oder der Randnote zitiert.

### Allgemeine Literatur Wettbewerbsrecht

- AMSTUTZ MARC/REINERT MANI, Kartellgesetz, Basler Kommentar, Basel 2010.
- DAVID LUCAS/JACOBS RETO, Schweizerisches Wettbewerbsrecht, 5. Aufl., Bern 2012.
- GIRSBERGER DANIEL/FURRER ANDREAS/GALLI ANDREAS, Wirtschaftsrecht, 4. Aufl., Zürich 2015.
- HEINEMANN ANDREAS/HAGER PATRICIA/SCHLOSSER ANGELIKA (Hrsg.), Wettbewerbsrecht, Zürich/St. Gallen 2015.
- HILTY RETO M./ARPAGAU RETO (Hrsg.), Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), Basler Kommentar, Basel 2013.
- JACOBS RETO, Entwicklungen im Kartellrecht, in: SJZ 112 (2016), Nr. 9, 230 ff.
- JUNG PETER/SPITZ PHILIPPE (Hrsg.), Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), 2. Aufl., Bern 2016.
- MÜLLER JÖRG PAUL/SCHEFER MARKUS, Grundrechte in der Schweiz, 4. Aufl., Bern 2008.
- PEDRAZZINI MARIO M./PEDRAZZINI FEDERICO A., Unlauterer Wettbewerb, 2. Aufl., Bern 2002.
- RHINOW RENÉ A./SCHMID GERHARD/BIAGGINI GIOVANNI/UHLMANN FELIX, Öffentliches Wirtschaftsrecht, 2. Aufl., Basel 2011.
- THOUVENIN FLORENT/BIRCHER MARCEL/FISCHER ROLAND, Repetitorium Immaterialgüterrecht, 3. Aufl., Zürich 2016.
- TRÜMPLER RALPH/DE WECK FANNY, Repetitorium Öffentliches Wirtschaftsrecht, Zürich 2016.
- VON BÜREN ROLAND/MARBACH EUGEN/DUCREY PATRIK A., Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, 3. Aufl., Bern 2008.
- WEBER ROLF H./VLCEK MICHAEL, Tafeln zum Kartellrecht, Bern 2008.
- WEBER ROLF H./VOLZ STEPHANIE, Fachhandbuch Wettbewerbsrecht, Zürich 2013.
- ZÄCH ROGER, Grundzüge des Europäischen Wirtschaftsrechts, 2. Aufl., Zürich 2005.
- ZÄCH ROGER, Schweizerisches Kartellrecht, 2. Aufl., Bern 2005.

### Kartellrecht

- ARNDT HANS WOLFGANG/FISCHER KRISTIAN/FETZER THOMAS, Fälle zum Europarecht, 8. Aufl., Heidelberg 2015.
- DAVID LUCAS/JACOBS RETO, Schweizerisches Wettbewerbsrecht, 5. Aufl., Bern 2012.
- DUCREY PATRIK A./BOVET CHRISTIAN (Hrsg.), Schweizerisches und Europäisches Wettbewerbsrecht, Zürich 2006.
- FRENZ WALTER, Handbuch Europarecht, Europäisches Kartellrecht, 2. Aufl., Berlin 2015.
- GIRSBERGER DANIEL/FURRER ANDREAS/GALLI ANDREAS, Wirtschaftsrecht, 4. Aufl., Zürich 2015.
- HOMBURGER ERIC (Hrsg.), Kommentar zum Schweizerischen Kartellgesetz, Zürich 1997.
- TURNER CHRIS, EU Law, Key Cases, Coventry 2013.